

Land will bei Reform auf Bürger hören

Was soll beim Kreis erledigt werden, was im Ort und was bei der Verbandsgemeinde? – Sachverstand und Meinung der Rheinland-Pfälzer sind gefragt

Als erstes Bundesland will Rheinland-Pfalz bei einer Verwaltungs- und Kommunalreform seine Bürger um Rat fragen. Was ausgewählte Landesländer bei ihren Treffen erarbeiten, soll in die Reformpläne einfließen, verspricht Ministerpräsident Kurt Beck. Aber welchen Einfluss haben die Bürger damit wirklich?

RHEINLAND-PFALZ. Noch ahnen sie nichts von ihrem Glück. Aber in der ersten Hälfte des kommenden Jahres werden zwischen 125 und 180 Rheinland-Pfälzer für eine Woche von ihrer Arbeit „freigekauft“. Ihr Betrieb bekommt sogar den Leistungsausfall vom Land bezahlt. Was so klingt wie eine gewogene Urlaubswaise, führt aber nicht zum nächsten Ferientag, sondern direkt in eine von fünf bis sechs „Planungszellen“. Das wiederum klingt nach Kasernierung und kommt der Sachverständigen ausgewählt. Landesländer sollen sich eine Woche lang mit Fragen der Verwaltungs- und Kommunalreform befassen. Ihre Lösungssätze werden zusammen mit den Ergebnissen von „Bürgerkongressen“ zu einem Bürgergutachten zusammengesetzt und sollen in die Leitlinien für die Reform einfließen.

Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) will „die Bürger mitnehmen“ bei einem Reformvorhaben, das drei Jahrzehnte nach der großen Gebietsreform für „zukunftsfeste“ Strukturen sorgen soll. Eine Bürgerbeteiligung nimmt den gewählten Vertretern aber nicht ihre Entscheidungsvorantwortung, sagte der Landminister. „Bürger sollen sich nicht nur äußern, sondern auch mitentscheiden“, sagte Ulrich Scheffelt, der Leiter



In vielen Städten und Gemeinden können Bürger bei der Gestaltung von konkreten Projekten mitreden. Neuland beschreibt Rheinland-Pfalz mit einer Bürgerbeteiligung auf Landesebene an der gesamten Verwaltungs- und Kommunalreform. Foto: ddp

Kongress zur Verwaltungsreform in Nassau. Bürgerbeteiligung sei vielmehr „notwendige Anreicherung der repräsentativen Demokratie“.

Noch hat die Landesregierung wenig auf den Tisch gelegt, was Bürger zu Stellungnahmen reizen könnte. Klar ist bisher, was nicht verändert werden soll: Am grundlegenden Aufbau von der Ortsüber die Verbandsgemeinde, die

Verbandsgemeinden als politische Ebene abzuschaffen. Auch die im Jahr 2000 aus den früheren Regierungspräsidien gebildeten Mittelbehörden SCD und ADD „werden nicht infrage gestellt“, wie Beck betont. Bestrebungen der CDU, die spezialisierten Funktionalbehörden wieder in Regionalbehörden mit umfassenden Zuständigkeiten umzuwandeln, dürften es schwer haben.

Ministrien und Landesbehörden sollen Aufgaben an die Kreise und Gemeinden abgeben. Innen-Staatssekretär Roder

ger Lewentz will einen Katalog mit etwa 60 Aufgaben bis Jahresende vorlegen, spätestens jedoch bis Februar 2008. Konfliktlinien deuten sich

auf dem Nassauer Kongress schon an. Die kommunale Ebene will zwar neue Aufgaben übernehmen – aber nicht nur als staatliche Vollzugsaufgabe, sondern mit der ganzen Verantwortung und vor allem der nötigen Finanzausstattung. Zum Beispiel gehört

kommunale Ebene. In der Konsequenz hält der Vorsitzende des Landkreistags, der Südpfalzler Landrat Hans Jörg Duppre, das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung mit Sitz in Mainz für verzichtbar. Staatssekretär Lewentz hielt sofort dagegen: „Ich glaube nicht, dass man ein solches Landesamt zerlegen kann.“ Umgekehrt erwartet Lewentz, dass sich die Kommunalverbände zusammensetzen und Vorschläge für eine Aufgabenverteilung vorlegen.

„alles, was die Jugend betrifft“, nach Überzeugung der Gemeindevertreter auf die

Vor der eigentlichen Bürgerbeteiligung will Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) jedoch auf landesweit neun „Regionalkonferenzen“ mit Fachpublikum und Interessengruppen diskutieren. Die Erste ist am 15. Oktober in Worms, gefolgt von Mainz am 22. Oktober. „Konkrete und konstruktive Vorschläge sind erwünscht“, so Bruch.

Die Bürgerbeteiligung umfasst neben den „Planungszellen“ fünf bis sechs einjährige „Bürgerkongresse“. Teilnehmer sollen „interessierte Bürger“, keine Vertreter von Lobbygruppen. Beides veranstaltet das Land nicht selbst, sondern will erfahrene Institute damit beauftragen. Auch an eine Internet-Plattform ist gedacht, um laufend über den Planungsstand zu informieren und Bürgern Gelegenheit zur Stellungnahme zu bieten.

Die zweite Stufe der Bürgerbeteiligung folgt 2009, bevor der Landtag über die Reformen berät. Eine Umfrage soll die Meinung der Bevölkerung zu den bis dahin vorliegenden Reformschritten ergründen. Was aber passiert, wenn die Bürger etwas ganz anderes vorschlagen? „Man muss sie ernst nehmen“, versicherte Staatssekretär Lewentz. „Wir werden uns das sehr genau anschauen und alle Argumente abwägen.“

Voraussichtlich keine direkte landesweite Beteiligung wird es geben, wenn die Gebietsentscheidungen konkret werden und es zum Beispiel darum geht, ob die Stadt A in die Verbandsgemeinde B eingegliedert wird oder der Kreis X mit Kreis Y fusioniert. Diese Diskussionen müssen dann Bürgermeister und Landräte vor Ort mit den Betroffenen führen. Claudia Renner